

Wolfgang Thierse

Gerechtigkeit und Freiheit –

Grundwerte in der Programmdiskussion der SPD

Impulsreferat

am Samstag, den 29. September 2006

München, Georg-von-Vollmar-Haus

Im Jahre 1999 beschloss der SPD-Bundesparteitag, das damals erst 10 Jahre alte Grundsatzprogramm der SPD zu „überarbeiten und neu zu formulieren“. Dem ging im Sommer des Jahres ein von Gerhard Schröder und Tony Blair unterzeichnetes Papier voraus, das – ich zitiere - in „Treue zu unseren Werten“ die Forderung „zum Wandel der alten Mittel und traditionellen Instrumente“ erhob.

Dieses Papier hat damals viel Verunsicherung in der Partei ausgelöst. Man hörte schnell vom Streit zwischen „Traditionalisten“ und „Modernisierern“. Dieser Streit allerdings, dieses notwendige Ringen um Erneuerung und Kontinuität hat unsere politische Theorie und reformistische Praxis seit über 100 Jahren geformt und weiterentwickelt.

Für Unruhe sorgte damals die Wahl des Zeitpunktes. Konnte es gut gehen, ein neues Grundsatzprogramm in einer Periode der Regierungsverantwortung zu schreiben und zu diskutieren? Wie sollte der Spagat zwischen Praxis und Programm, pragmatischer Politik und Prinzipien geschafft werden, ohne dass sich das neue Programm der Regierungspraxis unterwirft, ohne dass die Prinzipien auf das Maß der aktuellen politischen Möglichkeiten herunter gebrochen, gestutzt würden?

Jetzt, in Zeiten der großen Koalition, nimmt die Differenz zwischen Praxis und Programm logischerweise noch zu, weil die Kompromisse mit dem stärksten politischen Konkurrenten die eigenen Konturen noch stärker verwischen. Genau deshalb aber spricht alles dafür, dass die Partei das eigene Profil schärft, die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm bewusst für die innerparteiliche Orientierung und die öffentliche Profilierung einsetzt. In vielen Politikbereichen geht es darüber hinaus um Rückenstärkung für unsere politisch Verantwortlichen und um gestärkten Richtungssinn bei den Antworten auf neuartige Probleme.

Die Arbeit am neuen Grundsatzprogramm hat inzwischen mehrere Phasen durchlaufen. In jeder der bisherigen Debatten waren die Grundwerte, vor allem Gerechtigkeit und Freiheit, das Ringen um deren aktualisierte oder modernisierte, zeitgemäße Neuinterpretation Ausgangspunkt für die Diskussion.

1999 hatte der Beschluss über die Arbeit an einem neuen Grundsatzprogramm zu einer "Vorsichtsmaßnahme" des Parteitags geführt, die in einem gewichtigen Vorsatz des Beschlusses zum Ausdruck kommt. Ich zitiere: „Die Grundwerte sozialdemokratischer Politik – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – und das Eintreten für den Frieden sind und bleiben Maßstab und leitende Prinzipien unseres Handelns.“

Eine Selbstverständlichkeit, doch die Hervorhebung besagte immerhin, dass auch „in einer veränderten Welt“ nicht alles zur Disposition steht, jedenfalls nicht die Grundwerte.

Die Sorge um die Verbindlichkeit der Grundwerte war nicht unberechtigt. Sehr früh hörte man von notwendiger „Erneuerung“, „Neudefinition“ oder „Erweiterung“ unseres Grundwerteverständnisses reden. (Manche wollten oder wollen "Selbst-/Verantwortung" oder "Nachhaltigkeit" als zusätzlichen Grundwert einführen.) Dabei bildete die Grundwertetrias seit dem Godesberger Programm die erklärte Konstante sozialdemokratischer Identität. Das hatte die SPD niemals daran gehindert, sich realistischer Ziele und realitätstüchtiger Politik zu verschreiben.

Nun ist ein Bekenntnis zu einem Wertekatalog auf so hohem Abstraktionsniveau immer interpretationsfähig. Es bot und bietet auch Raum für Politik, die sich mehr aus dem jeweiligen taktischen Kalkül, manchmal sogar nur aus dem machtpolitischen Interesse der jeweiligen Führung erklärt. Aber nicht auf lange Sicht! In jedem konkreten Fall ist eine Berufung auf die Grundwerte die kritische Instanz, die innerparteilich wie gesellschaftlich zählt. Die Grundwerte dienen nicht nur als Maßstäbe zur Bewertung der sozialen oder politischen Verhältnisse. In dem Sinne, wie sie für uns als Partei gelten, bedeutet ihre Anwendung immer zugleich eine Parteinahme für mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit.

Zu sozialdemokratischer Identität gehört die Grundüberzeugung, dass durch gemeinschaftliches politisches Handeln, im demokratischen Prozess, die Verhältnisse im Interesse der Menschen verändert, verbessert werden können.

Diese Grundüberzeugung speist sich aus verschiedenen Quellen, die in unsrer politischen Tradition zusammenfinden und das politische Erbe bilden, in das die SPD eintrat, das sie seither weitergibt und nicht ohne weiteres neu interpretieren kann:

Erstens ist es die Überzeugung, dass die Wirklichkeit rational erklärt und die Verhältnisse, wie sie sind, sich verändern lassen, also gestaltet werden können. Das ist das Erbe der europäischen Aufklärung und Moderne, zu dem sich der Glaube gesellte, dass ökonomischer und sozialer Fortschritt miteinander verbunden werden können. Wie vorsichtig wir heute in dieser Hinsicht auch geworden sind, wegen der Ambivalenz technischen Fortschritts, wegen der Gefahren utopischer Gesellschaftsprojekte: Es kommt nicht zuletzt deswegen auf vernünftige Lösungen und eine demokratische Gestaltung und politischer Rahmensetzung für Wirtschaft und Gesellschaft an.

Die *zweite* Überzeugung, auf die wir uns stützen, ist das Erbe, das aus der Zugehörigkeit zu einer Emanzipationsbewegung gewachsen ist, zu einer Partei, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen ist. Es ist daher für uns

selbstverständlich, für gleiche Rechte und für die gleiche Freiheit aller Menschen einzutreten. Gleiche Freiheit, das ist unser weitestgehender Begriff für Gerechtigkeit. Und die Parteinahme für die Rechtlosen, für die Benachteiligten und das Auftreten gegen soziale Ungleichheiten, das ist unser Verständnis von Solidarität.

Aus beiden Grundüberzeugungen folgt, dass das sozialdemokratische Mandat aktuell bleibt, wo es an Gerechtigkeit, an gleicher Freiheit mangelt, und so lange wir an der Veränderbarkeit der Verhältnisse festhalten. Der Sozialismus muss also nicht einen geschichtlichen Endzustand beschreiben, sondern wird zur Zielprojektion, zur „dauernden Aufgabe“ politischen Handelns. Dieser seit Eduard Bernstein zum Selbstverständnis der Sozialdemokratie gehörende Reformismus ist das Bekenntnis zu einem Fortschritt, der allerdings immer wertgebunden bleibt und beides beinhaltet: Modernisierung *und* Demokratisierung, Innovation *und* Gerechtigkeit, mehr Teilhabe am Haben *und* Sagen.

Das Jahre 1989 (an dessen Ende – im Dezember – unser gültiges Parteiprogramm beschlossen wurde), das als Jahr des Triumphes der Freiheit und Demokratie in die Geschichte einging, scheint heute sehr weit entfernt. Fragten wir uns damals im Anschluss an die Überwindung des Ost-West-Konfliktes, ob wir am Beginn einer Ära des Friedens stehen, Nutznießer einer „Friedensdividende“ würden, so sind wir heute geneigt, dies als utopische Vorstellung zu den Akten zu legen.

Wir fragten uns, wie weit die Welle der demokratischen Transformationen – Symbol dafür war Nelson Mandela und sein Sieg in Südafrika – führen werde und was nötig sei, das „Zeitalter der globalen Demokratie“, zu verwirklichen.

Inzwischen hat sich das dramatisch geändert. Die Gefahr eines „Niedergangs der Demokratie“ besteht - weil immer mehr nichtrepräsentative Organisationen z. B. transnationale Unternehmen das Schicksal von Ländern oder Regionen bestimmen, weil demokratische

Verfahren an Legitimation einbüßen, weil ökonomische und soziale Ungleichheiten sich in größere politische Ungleichheit übersetzen und weil die nachlassende Unterstützung von demokratischen Institutionen autoritäre Muster und Lösungen begünstigen (vgl. Umfragen und Wahlergebnisse)..

So stellen wir uns heute die Demokratiefrage anders herum, im Zeichen eines offensichtlicheren Ohnmachtsgefühls,

- angesichts der immer beherrschender hervortretenden ökonomischen Kalküle und deren Machtentfaltung über ganze Volkswirtschaften,
- angesichts der Vermarktung und Privatisierung von Bereichen, die zuvor öffentlich zugänglich und demokratisch verwaltet wurden,
- angesichts des Souveränitätsverlustes der Bürgerinnen und Bürger über immer mehr Bereiche der Gesellschaft, in der sie leben.

Die Demokratiefrage ist im Sinne der Grundwerte die Freiheitsfrage. Es geht um die Freiheit, die den Bürgern Mitsprache einräumt, wo es um ihre Belange geht, um die Freiheit, die auf sozialem Ausgleich und Sicherheiten vor Lebensrisiken und Gefahren beruht, die Freiheit, das eigene Leben selbst zu bestimmen und zu planen.

Anhand der Grundwerte geht es darum, deutlich zu machen, dass es eine andere Zukunft gibt als lediglich die der Freiheit des Kapitals, einer Globalisierung über die Interessen der Menschen hinweg.

Es gilt aber auch umgekehrt klarzustellen:

Ohne eine globale Horizonterweiterung sind die Lebensfragen, die Überlebensfragen der Zukunft - wie Klimaschutz, Ressourcenverknappung, Bevölkerungsentwicklung nicht mehr zu beantworten. Sie machen die Abhängigkeit der Menschheit von der Bewahrung der Schöpfung, der natürlichen Umwelt als globalem öffentlichem Gut bewusst.

Unter den Gefahren, die der Freiheit heute drohen, und die neue Antworten verlangen, sind zu nennen:

- der weltweit vagabundierende Terrorismus, der Leben bedroht, Freiheiten einschränkt und Sicherheitsmaßnahmen provoziert, die wiederum Freiheiten nehmen,
- die ökonomischen Machtkonzentrationen, die über Einzelne und Gesellschaften bestimmen,
- oder die neuen Technologien, mit denen die Privatheit eines jeden durchleuchtet werden kann.

Solchen Freiheitsbedrohungen entgegenzutreten heißt, den Menschen nicht nur deutlich zu machen, wie wichtig Sozialdemokraten die Freiheit abstrakt ist, sondern auch, dass wir die Freiheit aller meinen, nicht nur derjenigen, die sie sich nehmen können.

Also: Die Möglichkeit zur freien Persönlichkeitsentfaltung, bedarf einer Basis, die über die materielle Lage des Einzelnen hinaus, eine politische und gesellschaftliche Dimension einschließt. Der freiheitliche und demokratische Rechtsstaat garantiert Freiheit nicht nur vor äußeren Gefahren und vor Übergriffen des Staates selbst, sondern darüber hinaus geht es um die Bedingungen und Voraussetzungen, um Grund- und Menschenrechte wahrzunehmen, und demokratisch mitzubestimmen.

Diese Freiheitsgarantie gilt unbeding, ohne Leistungsversprechen. Freiheit kann und muss begrenzt werden, wo sie die Freiheit und Rechte anderer berührt und dem Gemeinwesen Schaden zufügen kann. Die Pflichten, die der Staat seinen Bürgern auferlegt, legitimieren sich nicht aus dem Freiheitsgebot, sondern nur aus den Belangen, die der Staat im Interesse des Gemeinwohls verfolgt.

"Leistung gegen Teilhabe" kann nicht heißen: Zutritt zum Sozialstaat nur gegen Leistung. Um der Freiheit des Einzelnen willen hat der Sozialstaat nach wie vor jedem ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, zu dem auch gehört, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Es gibt

keinen Grund, hiervon abzurücken. Die Privatisierung von Risiken begünstigt die Starken, vergrößert die Distanz zwischen Arm und Reich und überfordert den Solidarverband Familie.

Die neue Gerechtigkeitsfrage wurde in den 90er Jahren zumeist als „Gerechtigkeitslücke“ thematisiert, als ob es sich um ein lediglich vernachlässigtes Gebiet handele. Sehr schnell geriet dann allerdings das institutionelle Kernstück der Gerechtigkeitspolitik des 20. Jahrhunderts, der Sozialstaat, in die Kritik. Globalisierung, Individualisierung und Demographie sind mächtige Hebel, um bedeutende Umstrukturierungen zu begründen. Damit verbunden stellte sich auch die Frage, ob wir für diesen Umbau auch eine Erneuerung der Leitidee, der sozialen Gerechtigkeit bräuchten. Was könnte das sein – die neue Gerechtigkeit?

der Hintergrund dieser Frage war natürlich die Frage, was der Staat künftig zu verantworten habe, nach seinen Zuständigkeiten und Fähigkeiten, angesichts einer sich zuspitzenden Finanzkrise. Es geht aber durchaus über die Finanzfrage hinaus. Unter die Losung „Weniger Staat, mehr Markt!“ gestellt, handelt es sich schon um einen allgemeinen Angriff auf den modernen Staat: „Wo die Politik Schritt für Schritt durch den Markt ersetzt werden soll, ist die Handlungsunfähigkeit der staatlichen Organe gewollt“, sagt Erhard Eppler, der Neoliberalismus habe „nicht nur den Sozialstaat, sondern „den Staat“ selbst im Visier.“

Nun allerdings scheint es, als erkenne nach einer Periode der Staatskritik, der euphorischen Entstaatlichungs- und Deregulierungsforderungen, die Gesellschaft ihre „hohe Staatsbedürftigkeit“ langsam wieder an, - ein Befund, den der Staatsrechtler Ernst Forsthoff, allen modernen Gesellschaften attestierte.

Der Ruf nach Reformen meint und nimmt ja den Staat durchaus wieder ernst und beim Wort. Er wird in der Sphäre der Erwerbsarbeit, des

Arbeitsmarktes und Beschäftigungssystems mannigfach herausgefordert und aktiv. Der Wandel unseres Sozialstaatsverständnisses – wir sprechen immer mehr von den „vorsorgenden“ und „Ressourcen sichernden“ staatlichen Institutionen, wir sprechen über elementare Formen arbeitsrechtlicher Statussicherung, über Mindestlohn oder über Diskriminierungsschutz.

Die Grundlogik unseres Sozialstaats ist nicht Armenhilfe, sondern organisierte solidarische Risikovorsorge. Die Sozialstaats-Kritik, die Rede von „mehr Eigenverantwortung“ ignoriert natürlich, dass die Beitragszahler mit ihren eingezahlten Lohnanteilen die Verantwortung für die Lebensrisiken übernehmen. Was darüber hinaus gilt, folgt aus dem Grundgesetz: menschenwürdiges Leben (Art.1 GG), einschließlich medizinischer und pflegerischer Versorgung, sowie der Schutz von Familie und Kindern (Art.5 GG).

Gerechtigkeit und Demokratie sind auch hier eng beieinander: Wenn sich soziale Unterstützung nicht mehr am „gesellschaftlichen Bürgersein“ orientieren sollte, sondern am Nachweis individueller Anstrengungen, dann würde die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft von erbrachten Leistungen abhängig gemacht, von der Erfüllung seiner Pflichten. Das ist mit dem Selbstverständnis moderner Verfassungsstaaten als einer freiwilligen Assoziation von Rechtsgenossen aber nicht zur Deckung bringen.

Wie viel Staat braucht die Demokratie?

Für mich ist der Sozialstaat als Organisation gesellschaftsweiter Solidarität eine der großen Innovationen der Moderne. Sie leistete die Verknüpfung von Arbeit und sozialer Sicherheit und löste so soziale Fragen des Industriezeitalters. In Europa hat diese Antwort nicht nur den sozialen Status, den sozialen Zusammenhalt und das bürgerschaftliche Selbstverständnis der Menschen geprägt, sondern auch deren Erwartungen an Staat und Politik. Der Sozialstaat war die demokratische Antwort auf die totalitären Erfahrungen und Bedrohungen. Der Kern des Sozialstaats, seine

eigentliche Leistung besteht darin, dass er den Schwachen, den Bedürftigen aus einem Objekt gewiss löblicher und auch notwendiger Caritas in ein Subjekt von Rechtsansprüchen verwandelt und damit seine Würde bewahrt. Diesen Kern gilt es in allen Reformnotwendigkeiten und – anstrengungen zu beachten und zu bewahren!

Historischer Exkurs:

Wir brauchen nur zurückzuschauen, wenn wir den Zusammenhang von Gerechtigkeit und Freiheit/Demokratie verstehen wollen. Man spricht heute vom so genannten „goldenen Zeitalter des Kapitalismus“ – eine kurze Periode von 30 Jahren in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, also zwischen 1945 und 1975.

1945 war Europa gezeichnet von den Katastrophen zweier Weltkriege, von faschistischen Diktaturen und der Angst vor der kommunistischen im Osten – in dieser Zeit des Endes und des Neubeginns galt es allgemein als ausgemacht, dass es unbedingt darauf ankäme, künftig die sozialen Ursachen die für das Erstarken der Feinde der Demokratie verantwortlich waren, zu beseitigen.

Für die Gründerväter und -mütter der Bundesrepublik führte der Nationalsozialismus, die Erfahrung von Diktatur, bei manchen verbunden mit politischer Verfolgung, aber nicht geradewegs zu einer Idealisierung der Demokratie. Der Untergang der Weimarer Republik, die Weltwirtschaftskrise und die Abwendung der Massen von den demokratischen Parteien, deren Hinwendung zu den Antidemokraten rechts und links, schließlich mehrheitlich zu den Nazis – daraus waren die Lehren zu ziehen. Es ging nicht schlechthin um Demokratie, deren Versagen sie ja erlebt hatten im Ansturm sozialer und politischer Krisen. Es ging um die Errichtung einer stabilen Demokratie, einer wehrhaften, einer von den breiten Schichten der Bevölkerung getragenen Demokratie.

Soziale Sicherheit und Teilhabe, sprich Arbeit - niemand zweifelte damals daran, dass dies zu den Fundamenten einer modernen demokratischen Ordnung gehören würde, dass eine der Bedingungen für das Funktionieren der Demokratie soziale Gerechtigkeit sei. Das Motiv für eine neue Gerechtigkeits- und Umverteilungspolitik, für sozialen Ausgleich war viel weniger eine sozialökonomische Überlegung, die Beilegung des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit, als eine politische, die „Sozialpartnerschaft“ im Dienste demokratischer Stabilität.

Der Aufbau der Bundesrepublik stand ganz im Zeichen des Versprechens der „sozialen Marktwirtschaft“, die der später legendäre Ludwig Erhard, ein Christdemokrat, beileibe kein Sozialist, eine Wirtschaftsordnung nannte, „die immer weitere und breitere Schichten unseres Volkes zu Wohlstand zu führen vermag“.

Auch das Godesberger Programm der SPD von 1959 sprach vom: „... stetig wachsende(n) Wohlstand und eine(r) gerechte(n) Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein(em) Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und Ausbeutung“.

Indem die durch Wachstum entstehenden Verteilungsspielräume genutzt wurden, also die Beschäftigten durch die Lohnentwicklung an den Produktivitätsfortschritten beteiligt wurden, erzielte man mehr Verteilungsgerechtigkeit. Mehr Verteilungsgerechtigkeit bedeutete wiederum wachsende Lohnanteile am Volkseinkommen, so dass die steigende Binnennachfrage das Wirtschaftswachstum auf hohem Niveau hielt.

Wirtschaftliche Modernisierung und soziale Gerechtigkeit gingen Hand in Hand. Die allmähliche Besserstellung der Mehrheit, vor allem vormals benachteiligter Schichten, verdankte sich einer zunehmenden Beherrschung der wirtschaftlichen Risiken und Konjunkturen. Die Krisenphänomene des Kapitalismus, deren Zähmung zuvor nur durch

dessen Überwindung denkbar war, schienen der Vergangenheit anzugehören.

Das „sozialdemokratische Jahrhundert“, von dem 1982 der berühmte Lord Dahrendorf sprach, war für eine Weile Wirklichkeit geworden: sozial und demokratisch, eine zunehmend gerechtere und demokratischere Gesellschaft war entstanden. Keineswegs nur ein Werk der Sozialdemokraten, sondern des Konsenses aller Demokraten. Im Wissen um die bedrohte Demokratie waren sich die Demokraten darin einig, dass soziale Gerechtigkeit kein Luxus, keine Mittelverschwendung darstellte, sondern Existenzbedingung von stabiler Demokratie/von Freiheit.

Dies ist – aus der Sicht der Wirtschaft – offenbar Geschichte. Die Rede vom „Goldenen Zeitalter des Kapitalismus“, gemeint waren die Erfolge der sozialen Marktwirtschaften kontinentaleuropäischer und britischer Prägung, betont die wirtschaftliche Prosperität und ihren Einfluss auf die Stabilität der westlichen Demokratien.

Ökonomen datieren das Ende des ökonomischen Erfolgsmodells, das Ende des „Traums immerwährender Prosperität“ (Burkart Lutz) in die Mitte der 70er Jahre. Damals – zur Zeit der Ersten Ölkrise und der Kündigung des Weltwährungssystems von Bretton Woods durch die USA – setzte eine Periode der Liberalisierung ein, schon die in den 80er Jahren den Weg in eine die Welt vernetzende globale Wirtschaft ebnete. Es war vor allem die Öffnung eines globalen, deregulierten Finanzmarktes, der neue Rahmenbedingungen für die Volkswirtschaften wie für Unternehmensentscheidungen setzte.

Die Vorteile - weltweit verfügbares Kapital – und die Chancen des freien Handels waren für international agierende Unternehmen offensichtlich, sie schienen auch für entwickelte, exportorientierte Volkswirtschaften greifbar. Schließlich sollten in Europa die negativen Auswirkungen durch die Schaffung des europäischen Binnenmarktes und die Währungsunion unter Kontrolle gehalten werden können.

Die Nachteile der Öffnung der Kapitalmärkte, die vor allem in einer expandierenden Schuldenkrise in den Ländern der Dritten Welt sichtbar wurden, führten zur Konzeption dessen, was später Washington Consensus, hieß. Es war eine Strategie von Weltbank und Internationalem Währungsfond, die den Schuldnern eine Rückführung öffentlicher Ausgaben, die Privatisierung öffentlicher Dienste und Unternehmen und die Exportorientierung ihrer Wirtschaft, verbunden mit der Öffnung der Märkte auferlegte.

Wir sprachen angesichts sichtbar steigender Verarmung von der wachsenden Nord-Süd-Kluft und waren uns doch einig, dass wir auf der Gewinnerseite saßen. Das Gerechtigkeitsproblem existierte für die anderen. Wir sorgten uns durchaus und viele, die christlichen Kirchen und 3. Welt-Gruppen zuvörderst, engagierten sich in Solidarität.

Allerdings blieben die negativen Folgen der zunehmend deregulierten und globalisierten Wirtschaftsbeziehungen nicht auf den Süden beschränkt. Auch im Norden, in Europa nach dem Fall der Mauer und der Öffnung der osteuropäischen Märkte, traten mehr und mehr die Staaten in einen internationalen Wettbewerb um das Kapital ein. Mehr und mehr mussten sogenannte angebotspolitische Strategien angewendet werden, ging es im Standortwettbewerb um die geringsten Kosten auf das eingesetzte Kapital, um eine Anpassung der Löhne an das Niveau der aufholenden Volkswirtschaften. Gewinner und Verlierer sind nun nicht mehr zwischen Nord und Süd getrennt. Sie sind in unseren Gesellschaften zu finden. Verloren haben zuerst nur besondere, vom Strukturwandel betroffene Branchen und Berufe. Inzwischen sind aufgrund des wachsenden Konkurrenzdruckes immer breitere Schichten betroffen, alle, deren Arbeit zur Disposition steht.

Stehen wir damit erneut vor der Ausgangssituation, so wie sie sich historisch schon einmal darstellte, vor der alten sozialen Frage oder vor einer gänzlich neuen?

Ist die Lösung des Problems wiederum auf dem Feld der ökonomischen Steuerung zu finden, also auf der Suche nach einem neuen Pfad nachhaltigen Wachstums und durch eine Politik, die alle Bevölkerungsschichten ökonomisch fair, also leistungsgerecht beteiligt?

An der Beantwortung dieser Fragen entscheidet sich, ob unser europäisches Modell, das uns mehr Demokratie, mehr Emanzipation, mehr Individuelle Freiheit als je zuvor gab, Zukunft hat.

Ein dazugehöriger Aspekt der Attraktivität des europäischen Gesellschaftsmodells ist das Mehr an sozialer Gerechtigkeit, das in der zurückliegenden Epoche breitere Schichten der Bevölkerung einschloss, zu mehr Gleichheit führte und zu stärkerer Identifikation der Mehrheiten mit ihrer Gesellschaftsordnung.

Unübersehbar ist, dass in einem härter werdenden Verteilungskampf Ungleichheit zunimmt, das sich im Verteilungskampf im Zweifel immer jene durchsetzen, die ohnehin schon mehr haben.

Ist es nun so, dass in einer „Welt der größeren gesellschaftlichen Differenzierung, des intensiven wirtschaftlichen Wettbewerbs und der raschen technologischen Innovation“ begrenzte Ungleichheiten, nicht länger als ein Problem betrachtet werden sollten, sondern als „Katalysator (...) für individuelle (und) (...) auch für gesellschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten“? So jedenfalls argumentieren nicht wenige auch in der SPD– umgetrieben von dem Ziel, ökonomisch wieder Fuß zu fassen, mehr Wachstum zu generieren.

War und ist es nicht zumutbar, dass wir auf „dem erreichten Niveau des allgemeinen Wohlstands“ einen Anstieg der gesellschaftlichen Ungleichheit hinnehmen könnten? War und ist es nicht „unvermeidlich“ und zur weiteren Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auch „notwendig“, dass wir

Gerechtigkeit nicht länger mit mehr Gleichheit identifizieren? Bleibt Verteilungsgerechtigkeit noch so wichtig, wie uns das vertraut ist?

Prof. Jürgen Kocka hat im letzten Heft der "Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte" (9/2006) dazu eine unter Sozialdemokraten durchaus Anhänger findende Auffassung vertreten:

"Eine moderne Gerechtigkeitspolitik muss Umverteilung mit dem Ziel größerer ökonomischer Gleichheit klein schreiben. Erstens lässt sich das Ziel schwer erreichen, erst recht unter Bedingungen der Globalisierung und der immer möglichen Abwanderung großer Vermögen. Zweitens kann die Verfolgung des Gleichheitsziels die Erreichung der anderen, vorher genannten, vorrangigen Gerechtigkeitsziele erheblich erschweren oder gar unmöglich machen. Und drittens scheint mir wichtiger, dass es allen besser geht, als dass die Unterschiede zwischen ihnen verringert werden. Ungleichheit auf hohem und wachsendem Gesamtniveau scheint mir menschenfreundlicher als Gleichheit auf tiefem, stagnierendem oder gar absinkendem Niveau."

Die Ökonomen neigen mehrheitlich zu dieser Antwort. Ich habe da meine Zweifel und sie sind leider durch die Erfahrung mehr und mehr gestützt. Der Abbau von sozialen Sicherheiten und Einkommensspreizung haben nicht zum Aufbau von mehr allgemeinem Wohlstand geführt, jedenfalls nicht bei den vom Abbau betroffenen Schichten. Gewiss, wir können nur insoweit sozial absichern, als es unsere Möglichkeiten erlauben. Aber die propagierte ökonomische Logik der vermehrten Ungleichheit als Wachstumshebel ist doch wohl zu kurzfristig: Zahlt es sich nicht doch wirtschaftlich aus, wenn dem Einzelnen Schutz vor den unverschuldeten ökonomischen Risiken gewährt wird?

Wird Wachstum bei zunehmender Ungleichheit nicht doch nachhaltig gefährdet, weil soziale Desintegration weiter Bevölkerungsschichten ökonomisch dazu führt, dass sie gar keinen Beitrag zum Wachstum mehr leisten können?

Massenarbeitslosigkeit und damit verbunden eine neue, sich verfestigende sozialökonomische Spaltung sind jedenfalls zum Gerechtigkeitsproblem Nummer 1 unserer Gesellschaft geworden.

Damit verbunden und von nachhaltiger Wirkung ist ein zweites großes und ungelöstes Gerechtigkeitsproblem. Es ist die Lage der Familien in der Gesellschaft. Wenn Chancengleichheit von Frauen und Männern im Berufsleben nur zu Lasten des anderen oder der Kinder gelebt werden können, haben Familien eine schlechte Prognose. Es gibt für Frauen nicht nur ein „Arbeitsmarktrisiko Kind“, sondern auch ein „Armutrisiko Kind“. Das betrifft auch das Zusammenleben mit anderen Pflegebedürftigen in der Familie.

Inzwischen werden die schwerwiegenden Konsequenzen der Vernachlässigung dieser sozialen Frage langsam bewusst: Die fehlenden Kinder in unserer Gesellschaft sind ein alarmierendes Problem für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Ein drittes, ebenso nachhaltig wirkendes Gerechtigkeitsproblem hat sich über den Bildungssektor, das Bildungswesen in Deutschland aufgebaut: Trotz Bildungsexpansion seit den 70er Jahren mit dem Ergebnis einer stärkeren Beteiligung und höheren Bildung vor allem für viel mehr Frauen, ist die soziale Herkunft eine immer noch hohe Hürde für den Erfolg. Besonders die Herkunft von ausländischen Eltern, selbst die der Kindeskindern aus solchen Familien ist immer noch ein Bildungshemmnis. Die wachsende Ungleichheit beim Erwerb von allgemeiner Bildung und beim Zugang zu beruflicher Ausbildung verfestigt soziale Ungleichheiten und verstärkt auch die kulturelle und politische Tendenz der Ausgrenzung – nicht selten selbst gewählt. Erst langsam, seit den Aufständen der Jugendlichen Migrantenkinder in den französischen Metropolen ahnen wir, was uns noch bevorsteht, wenn wir nicht handeln. Der Zusammenhang von Demokratie-Akzeptanz und Gerechtigkeit ist hier wohl mit Händen zu greifen.

Die drei von mir hervorgehobenen, miteinander letztlich verbundenen Gerechtigkeitsprobleme haben in den vergangenen Jahren immer mehr zur „Krisenwahrnehmung“ in Deutschland geführt. Sie sind immer auch mit zunehmender sozialer Ungleichheit verbunden, nicht etwa umgekehrt, dass daran die Zufriedenheit wächst.

Die Formel von der Ungleichheit als Triebfeder ökonomischen Wachstums und gesellschaftlicher Wohlstandsproduktion fand allerdings ihren Weg bis weit in die öffentliche Meinung. Ist mehr Gleichheit wirklich von Schaden und inwiefern mindert sie die Motivation von Leistungsträgern, Eliten oder Talenten?

An dieser Stelle unternehme ich einen kurzen Exkurs zu unseren allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellungen:

Unterschiede in der Verteilung von Gütern und Ressourcen sind immer als legitim betrachtet worden, wenn sie in einem spezifischen Bedürfnis, Verdienst oder in Leistungsunterschieden begründet sind. Das entspricht auch dem Grundsatz des proportionalen Vergeltens. Unterschiede der sozialen Herkunft oder der natürlichen Begabungen sollten als ungleich gelten und eine ungleiche Behandlung erfahren. Die Ungleichbehandlung von Ungleichen ist daher legitim, solange sie moralisch begründet wird, etwa mit der Absicht, Gerechtigkeitsdefizite bei der Verteilung eines Gutes auszugleichen.

Es gehört nun zum Kernbestand sozialdemokratischer Identität, dass mehr Gerechtigkeit praktisch immer auch eine *Vergrößerung* von Gleichheit bedeutete. Einfache Gleichheit, also eine strikte Gleichbehandlung aller, war zu keiner Zeit ein sozialdemokratisches Ideal.

Recht und billig ist es, über Maßstäbe für *Leistungsgerechtigkeit* zu reden. Es handelt sich ja um dasjenige Element der Verteilungsgerechtigkeit, das

für die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere für die umkämpfte „soziale Mitte“ zentral ist. Leistung und daraus abgeleitete Teilhabe sind Schlüssel zum Verständnis unserer arbeitgesellschaftlich geprägten Gerechtigkeitsvorstellungen.

Die Verankerung des Gerechtigkeitsbegriffes in der Arbeitsgesellschaft, das Konzept der sozialen Integration durch Erwerbsarbeit stellt uns allerdings vor die Frage, was gelten soll, wenn Vollbeschäftigung nicht mehr gilt, wenn es keine geschlossenen Arbeitsbiografien mehr gibt, das sogenannte „Normalarbeitsverhältnis“ nicht mehr die Regel ist.

Durch die globale Öffnung von Märkten verliert das „Normalarbeitsverhältnis“ seine Bedeutung, weil der Maßstab für durchschnittliche Leistungen schwindet. Wissensgestützte Dienstleistungen bestimmen immer stärker den Wert einer Leistung, die "Produktivkraft Wissen" wird zum entscheidenden Faktor der Wertschöpfung. Dadurch kommt es aber zu einer Entwertung routinemäßiger Arbeiten und geht die Arbeitszeit als Maßstab der Leistung tendenziell verloren.

Was geschieht nun aber, wenn auf globalen Märkten die Sicherheit schwindet, dass „Leistung sich lohnt“, weil immer mehr Märkte denen des Spitzensports ähneln: Die Gewinner bekommen alles, das weite Feld der Wettbewerber aber geht mehr oder weniger leer aus.

Wo es nur noch einige wenige Gewinner und viele Verlierer gibt, kommt es faktisch zu einer Entkopplung von Aufwand und Ertrag, von Leistung und Einkommen.

Müssen wir uns folglich gänzlich neu orientieren, was unseren Maßstäbe und Normen betrifft, was unsere Arbeitswelt und die sozialen Rechte angeht?

Auf welche Umbaukriterien sollen wir uns bei der Reform des Sozialstaats verständigen?

Wodurch wird er instand gesetzt, soziale Probleme zu lösen? Soll er zuerst und vor allem für Chancengleichheit sorgen?

Muss er sich mit der Lösung von „Problemen zweiter Ordnung“ befassen: soziale Integration, Bildungs-, Kinder- und Familienpolitik?

Oder ist es genau das, was er in Zukunft, als für die Zukunft „vorsorgender“ Sozialstaat leisten muss?

Wie kann der Sozialstaat die Vielfalt gesellschaftlicher Lebensformen, die Erosion gewachsener Milieus verkraften?

Wie kann erneut eine überzeugende Legitimation entstehen, die einen die verschiedenen sozialen Schichten „überlappenden Konsens“ (John Rawls) voraussetzt?

Die soziale Frage, auf die der Sozialstaat historisch antwortete war die Arbeiterfrage, die materielle soziale Sicherung im Risikofall, bei Erwerbsverlust. Das kann aber nicht mehr die einzige Quelle der Legitimation bleiben.

Wenn der Sozialstaat stärker von der Demokratie her begründet wird, wenn seine Funktion in erster Linie von den Erfordernissen einer demokratisch verfassten Gesellschaft bestimmt wird, dann kann er nicht mehr fest an das System der Erwerbsarbeit geknüpft werden.

Ein entsprechendes Leitbild, etwa das des „Demokratischen Sozialstaates“ zielt auf eine Analogie zum Rechtsstaat, der eine notwendige Bedingung jeder demokratischen Gesellschaft ist. Um gleiche Rechte gleichberechtigter Bürgerinnen und Bürger zu sichern, bestünde die Aufgabe des Sozialstaates darin, vergleichbare Lebenslagen, den Ausgleich von sozialen Ungleichheiten zu garantieren, damit die gleiche Beteiligung aller an diesen Rechten, gewährleistet wird.

Dies wäre eine Antwort auf die Sozialstaatskritik, die mit den Begriffen Freiheit, Bürgerlichkeit, Chancengleichheit wertbezogen argumentiert:

Freiheit ist aber nicht gleich Eigenverantwortung, ist nicht nur Freiheit zur Selbsthilfe und Selbstvermarktung, sondern fängt bei den Voraussetzungen zur Wahrnehmung von Freiheitsrechten an. Der demokratische Sozialstaat versteht sich also nicht nur als öffentlicher Investor in Menschen, damit sie marktgerecht funktionieren, sondern als Investition in die Bürgerinnen und Bürger als autonome selbstbestimmte Akteure.

In hoch entwickelten Gesellschaften entscheiden über die Bedingungen eines guten Lebens sowohl privates Einkommen, als auch der Zugang zu öffentlichen Gütern. Dabei handelt es sich um Leistungen der öffentlichen Infrastruktur und Institutionen, die auch materiell die Gleichstellung von Bürgerinnen und Bürgern gewährleisten. Deren Qualität und Reichtum sind auch ein Maß innergesellschaftlicher Verteilungsgerechtigkeit, das gegenüber finanziellen Zuwendungen des Staates in modernen Gesellschaften immer wichtiger wird.

Das kommt übrigens in der Rede von „sozialen Investitionen“ und dem „investiven Staat“ zum Ausdruck. Wenn wir die Bereitstellung öffentlicher Güter in den Mittelpunkt der Reformdebatte stellen – und der Sozialstaatskritik eine Öffentliche-Aufgaben-Kritik entgegen stellen, dann wäre nicht nur über Kosten, sondern über Nutzen, über den Umfang und die Qualität der Leistungen, zu reden.

Bildungs- und Wissenschaftsleistungen, die Vermehrung des Wissens, seine „Multiplikation“ und kreative Anwendung auf allen möglichen Feldern – also die Voraussetzungen einer zunehmend wissensgestützten Ökonomie und Wertschöpfung, werden kostengünstiger als öffentliche Güter her- und bereitgestellt.

Für diese "kulturellen" Güter muss in einer demokratischen Gesellschaft die Gemeinschaft Verantwortung übernehmen. Kulturelle Substanz und Daseinsvorsorge auf kommunaler Ebene hängen davon ab, aber auch das bürgerschaftliche Engagement.

Globalisierung ist die vorherrschende Deutungskategorie der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der letzten Jahrzehnte: Wir sprechen vom Ende geschlossener Volkswirtschaften – und somit von dem Verlust an nationalstaatlicher, also demokratischer Gestaltungsfähigkeit. Die zunehmende und willkommene außenwirtschaftliche Vernetzung bedeutet aber nicht das Ende von Gestaltungsfähigkeit, sondern in unserem Falle vor allem deren Europäisierung/ die Europäisierung der Politik (als realistische Gestaltungsantwort).

Es gilt aber auch: Ohne globalen Horizont greifen die europäischen Antworten zu kurz. Ohne eine globale Horizonterweiterung sind die Lebensfragen, die Überlebensfragen der Zukunft - wie Klimaschutz, Ressourcenverknappung, Bevölkerungsentwicklung nicht zu beantworten. Sie sind elementar und machen die Abhängigkeit der Menschheit von der Bewahrung der globalen Güter, der Bewahrung der Schöpfung bewusst.

Hier schließt sich der Kreis. Der Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit, Gerechtigkeit und Demokratie ist das Zentrum unseres Grundwerteverständnisses:

Demokratie als politische Form der Freiheit braucht Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist die notwendige, nicht beliebige, Grundlage gelingender, stabiler Demokratie. Wo soziale Ungerechtigkeiten nicht mehr hinnehmbar sind nach dem Empfinden einer Mehrheit, gefährden und zerstören sie die Demokratie. Das ist die blutige Erfahrung des 20. Jahrhunderts, die wir nicht vergessen dürfen.

Was in einem bestimmten geschichtlichen Moment und Ort für ungerecht oder gerecht gehalten wird, welche Ungleichheiten als erträglich oder unerträglich betrachtet werden – das ist nicht abstrakt zu bestimmen, sondern das wird in sozialökonomischen Verteilungskonflikten und in gesellschaftlichen Reflexionsprozessen entschieden. Der Streit um das

konkret mögliche Maß von Gerechtigkeit ist Zentrum von Politik. Dabei können unterschiedliche Gerechtigkeitsvorstellungen, unterschiedliche Dimensionen von Gerechtigkeit unterschiedliches Gewicht bekommen: Verteilungsgerechtigkeit (bei der Zuteilung des erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums), Leistungsgerechtigkeit (gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort – das ist nach wie vor die wichtigste Gerechtigkeitsvorstellung), Chancengleichheit (bei der Verteilung von Bildung, von Lebens- und Aufstiegsmöglichkeiten), Geschlechtergerechtigkeit (bei der Verteilung von Lebenschancen und Teilhabemöglichkeiten), Generationengerechtigkeit (bei der Verteilung der Lasten und Nutzen unserer Solidarsysteme und der Sicherung unserer natürlichen Ressourcen), globale Gerechtigkeit (für die Entwicklung einer gerechten Weltordnung). Es gibt, jedenfalls für Sozialdemokraten, kein überzeugendes Argument dafür, Gerechtigkeit auf Chancengleichheit zu reduzieren!

Heute erscheint mir – angesichts von Globalisierungszwängen und -chancen, angesichts von demografischem Wandel und Wissensexplosion, angesichts von Massenarbeitslosigkeit und finanziellen Nöten des Staates – heute erscheint mir der Vorrang von Zukunftsinvestitionen in Bildung, in Forschung, in Familien dringlichste Aufgabe von Gerechtigkeitspolitik.

Worüber immer wir gegenwärtig streiten – über Bildungs- und Arbeitsmarktreformen, über die Reform unseres Gesundheitswesens, unserer Sozialsysteme insgesamt, über Löhne und Gehälter und Renten: die Ergebnisse sind zu messen, haben wir zu rechtfertigen vor dem Maßstab der Gerechtigkeit als gleicher Freiheit der Teilhabe an Bildung, Arbeit, Kultur und Demokratie.

Gerecht ist, was die individuellen natürlichen Ungleichheiten und die soziale Herkunft nicht zum Schicksal werden lässt. Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen, in seiner „Gotteskindschaft“.

Sie zu verwirklichen, dazu reicht es nicht, dass wir gleiche Rechtssubjekte sind, gleiche Staatsbürger, gleiche Wahlbürger. Gerechtigkeit verlangt nicht Ergebnisgleichheit, sondern gleiche Lebenschancen und gleiche Teilhabemöglichkeiten an den öffentlichen Gütern – also Bildung und Kultur, Gesundheit und natürliche Ressourcen, innere und äußere Sicherheit. Für deren Zugänglichkeit ist der Staat, ist Politik verantwortlich. Wenn denn Gerechtigkeit das Ziel bleiben soll, dann dürfen diese Güter nicht vollends dem Markt überlassen werden.

Und genau das wird zur entscheidenden Gerechtigkeitsfrage: Was darf zur Ware werden, was nicht? Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit ... - darf das zur Ware werden? Über deren Erwerb der individuelle Geldbeutel, also Einkommens- und Reichtumsunterschiede entscheiden? Das wird zur entscheidenden Gerechtigkeitsfrage in einer Zeit, in der allzuviele der Privatisierung, dem Wettbewerb das Wort reden, wo der Markt immer mehr, tendenziell alles richten soll, weil er es angeblich besser könne.

Wenn die neoliberalen Marktideologen sich durchsetzten, dann würde an die Stelle der Demokratiezerstörung durch den totalen Staat des Faschismus oder des Kommunismus der totale Markt, der „Marktstaat“ treten, der den vor dem Recht (und vor Gott) gleichen Bürger in den Kunden mit ungleicher Kaufkraft verwandelt. Worüber sollte noch demokratisch, gemeinschaftlich zu entscheiden sein, wenn nur noch (fast) alles (individuell) zu kaufen ist? Um der Zukunft der Demokratie also der Freiheit willen muss es bei dem altmodischen Ziel der gerechten Verteilung von Gütern und Lebenschancen bleiben, die „ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und Ausbeutung“ (Godesberger Programm) ermöglichen.

Die Arbeit für dieses Ziel, das war der Inhalt des Begriffs "Demokratischer Sozialismus". Sowohl das Ziel wie die Arbeit dafür sind historisch nicht erledigt!